



Die SPD steht zu ihrer europapolitischen Verantwortung

Die Staats- und Regierungschefs der 17 Euroländer haben auf ihrem Sondergipfel am Mittwoch in Brüssel Maßnahmen zur Stabilisierung Griechenlands und zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirms beschlossen. Diese sind sicher ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch werden sie sich in den nächsten Monaten noch bewähren müssen. Frankreich ist angeschlagen, Spanien und Italien haben hohen Refinanzierungsbedarf. Zurzeit lässt sich weder sagen, ob die Ausweitung des Rettungsschirms langfristig ausreichen wird, noch ob eine Rezession in weiten Teilen Europas abgewendet werden kann. Wenige Stunden vor dem Gipfel hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag in der Plenardebatte mit den Fraktionen der CDU/CSU, Grünen und FDP einen Entschließungsantrag verabschiedet, der zentrale sozialdemokratische Forderungen enthielt: Die Kapazität des Rettungsschirms darf nicht weiter erhöht werden, dem Aufkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank muss ein Riegel vorgehoben werden und auf internationaler Ebene muss sich Deutschland endlich für eine Besteuerung von Finanzgeschäften einzusetzen.

Bitter ist, dass die SPD ein wirkungsvolles Gesamtkonzept für die Bewältigung der Eurokrise und einen Schuldenschnitt für Griechenland schon vor über einem Jahr angemahnt hatte. Das Zögern und Zaudern der schwarz-gelben Bundesregierung hat die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise immer noch teurer gemacht.

Um die Ursachen der Finanz- und Schuldenkrise anzugehen, müssen diejenigen haften, die die Krise verursacht haben. Wir müssen den Banken- und Finanzsektor wirksam und konsequent regulieren und eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken durchsetzen. An der Türe jeder Investmentbank sollte künftig stehen: "Hier endet die staatliche Haftung". Zockereien gegen Mitgliedstaaten der Eurozone müssen endgültig unterbunden und hochspekulative Finanzprodukte verboten werden. Und es bedarf eines tragfähigen und nachhaltigen Wachstumsprogramms für Griechenland, weil ein kaputtgespartes Land allein nicht wieder auf die Beine kommen wird.

Klar ist, es lohnt nicht, bei der Krisenbewältigung auf die Bundeskanzlerin zu setzen. Seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise hat nicht eine einzige ihrer Zusagen länger als sechs Monate Bestand gehabt. Zu mehr als einer Politik der Trippelschritte fehlen Frau Merkel und ihrer schwarz-gelben Regierung seit jeher Kraft und Können. Als starke Opposition im Deutschen Bundestag werden wir uns weiterhin aktiv für ein soziales und demokratisches Europa einsetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung dieser Vision in eine pragmatische gute Politik für die Bürgerinnen und Bürger.

*136 – Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
137 – Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel*

Koalition verweigert gesetzliche Absicherung der Breitband-Grundversorgung

Eine moderne digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für unsere demokratische Gesellschaft und eine positive ökonomische Entwicklung in Deutschland. In unserer Informationsgesellschaft nimmt die Bedeutung der Telekommunikation und insbesondere des Internets ständig zu. Die Herausforderungen sind vielfältig: Neben einer flächendeckenden Breitbandversorgung als Voraussetzung für Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung bedarf es vor allem einer Gewährleistung von Netzneutralität im Internet sowie der umfassenden Stärkung des Verbraucherschutzes in der Telekommunikation. Die Bundesregierung hat es in dem am Donnerstag vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf versäumt, zu den zentralen Fragestellungen angemessene Lösungen zu präsentieren.

Unverständlich ist vor allem, dass die Koalition sich auch weiterhin einer gesetzlichen Absicherung der Breitband-Grundversorgung verweigert, die inzwischen Teil der Daseinsvorsorge geworden ist. Eine der zentralen politischen Aufgaben muss es sein, schnelles Internet für alle zu verwirklichen. Um die drohende verbleibende Lücke zu verhindern, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung vorgeschlagen. Damit wäre das Problem der "weißen Flecken" endgültig gelöst.

138 – Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen



Kinderschutz verbessern

Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eltern und ihre Kinder müssen frühzeitig gestärkt und gefördert werden. Ein umfassendes Gesamtkonzept ist notwendig, um den Kinderschutz weiterzuentwickeln und präventive Angebote zu stärken. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies würde der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Rechnung tragen. Zudem brauchen wir ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz, das Initiativen auf Länderebene ergänzt. Bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen zur Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, zur Stärkung der frühen Förderung und früher Hilfen und zur Förderung eines gesunden Aufwachsens sollen geschlossen werden. Die Leistungen zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie müssen weiterentwickelt werden. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige und die mittel- und langfristige Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Eltern-Kind-Zentren. Die Jugendhilfestatistik ist um relevante Merkmale zu erweitern. Schließlich fordern wir, dass dem Bundestag Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorgelegt werden.

139 – Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen

Verbraucherinformation reformieren

Transparenz und Verbraucherinformationen sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Die von der SPD eingeforderte Evaluierung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) hat gezeigt, dass bisherige Regelungen dafür nicht ausreichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das VIG zu überarbeiten:

Behörden müssen verpflichtet werden, aktiv zu informieren und ihre Untersuchungsergebnisse kostenfrei im Internet zu veröffentlichen. Die Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle sollen am Eingang eines Lebensmittelbetriebes mit dem "Smiley"-System dokumentiert werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen einen gesetzlichen Informationsanspruch gegenüber Unternehmen haben, der insbesondere Transparenz hinsichtlich Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Eigenkontrolle schafft. Das Auskunfts- bzw. Akteneinsichtsrecht muss verbraucherfreundlich und unbürokratisch ausgestaltet werden. Auskünfte sollen kostengünstig und in angemessener Frist erfolgen. Dabei müssen die Ausnahmen vom Grundsatz der Akteneinsicht überarbeitet und eng gefasst werden. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist auf alle Produkte und Dienstleistungen auszudehnen. Auch die Anbieterseite muss einbezogen werden. Mittelfristig sollen Informationsfreiheitsgesetz, Umweltinformationsgesetz und Verbraucherinformationsgesetz in einem konsistenten Rahmen zusammengeführt werden.

140 – Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "Verbraucherinformationsgesetz zügig reformieren"

In eigener Sache – Berliner Runde am 14. November

Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen zur traditionellen Berliner Runde am
14. November 2011 – 18 Uhr im
Haus Rahenkamp – Meller Landstraße 106, Osnabrück.

Impressum

Herausgeber & V.i.S.d.P.: Dr. Martin Schwanholz, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin,
Redaktion: Dr. Martin Schwanholz, Vera Heitmann

Die "Nachrichten aus Berlin" erscheinen sitzungswöchentlich. Sie dienen der Information der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Region Osnabrück über politische Ereignisse, gesetzgeberische Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und des Deutschen Bundestages. Sie stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar. Diese sind als solche gekennzeichnet. Unter den jeweils angegebenen Nummern sind die vollständigen Texte im Berliner Abgeordnetenbüro erhältlich.